Daten-Spionage

# Briten lässt es kalt, dass ihre Daten abgeschöpft werden

In Grossbritannien üben die Medien Selbstzensur bei heiklen Geheimdienstthemen.

**Sebastian Borger, London**

Im britischen Gesundheitssystem gibt es einen neuen Skandal um tote Babys. Die Londoner Polizei soll versucht haben, der unschuldigen Familie eines schwarzen Mordopfers Rauschgifthandel anzuhängen, um vom eigenen Versagen abzulenken. Im Kabinett gibt es endlich Einigung über die neusten Sparmassnahmen. Alles Mögliche fanden die britischen Medien am Montag wichtiger als die Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Edward Snowden, wonach Grossbritannien beim Abschöpfen von weltweiten Daten «schlimmer als die Vereinigten Staaten» agiert. So sei das eben, bestätigt der Geheimdienstexperte Anthony Glees von der Buckingham-Universität: «Die meisten Briten wissen, dass Spione spionieren.»

Während Operation «Tempora» nicht zuletzt in den Medien der britischen EU-Partner breit diskutiert wird, wird auf der Insel bloss Snowdens Flucht über Hongkong und Russland nach Ecuador beachtet. Sein angestrebter Asylort sei ja «kein freies Land», höhnte der Moderator der angesehenen BBC-Magazinsendung «Today». Tatsächlich müssen in dem südamerikanischen Land Journalisten unter Repressionen leiden, Präsident Rafael Correa liegt seit Jahren mit den Zeitungen der Oligarchenfamilien über Kreuz. Immerhin durfte der Lateinamerika-Korrespondent des öffentlich-rechtlichen Senders mitteilen, dass Correa bereits zweimal in demokratischer Wahl im Amt bestätigt worden ist.

**Das Ohr des britischen Geheimdienstes: Die Zentrale von GCHQ in Cheltenham, 130 Kilometer westlich von London.** Foto: Keystone

### NSA-Personal in Nordengland

In Grossbritannien unterliegt die Berichterstattung über heikle Geheimdienstthemen der freiwilligen Vorzensur. Dazu hat das Verteidigungsministerium ein Komitee eingerichtet, dessen Mitteilungen (D-Notices) als Empfehlungen an die Medien gehen. Laut Richtlinie 5 soll bei der Berichterstattung über Geheimdienste, darunter über Abhörmethoden und Zielpersonen, vor einer Veröffentlichung das Einverständnis der Experten eingeholt werden. Dazu steht der Leiter des Komitees, Vizeluftmarschall a. D. Andrew Vallance, Tag und Nacht zur Verfügung.

Der enge Datenaustausch mit den US-Geheimdiensten sowie den früheren Kolonien Australien, Kanada und Neuseeland, auch unter dem Namen Echelon bekannt, gilt auf der Insel als nationales Interesse und wird von allen grossen Parteien verteidigt. Die zuletzt nötigen Kürzungen im Verteidigungshaushalt – unter anderem soll die Armee auf 82 000 Soldaten schrumpfen – haben das Gefühl noch verstärkt, wenigstens die Nachfolger und Helfershelfer von Superagent James Bond müssten den globalen Anspruch des einstigen Empire aufrechterhalten. «Wir sollten stolz sein auf unsere Leute», argumentiert der konservative Unterhausabgeordnete und frühere Nachrichtenoffizier Ben Wallace. «Mit Informanten und elektronischer Überwachung sind wir in der Nachrichtenbeschaffung Weltklasse.»

Der Abhördienst GCHQ im westenglischen Cheltenham trägt zum gemeinsamen Informationspool der anglofonen Staaten ebenso bei wie die Spezialisten, die in Bute (Grafschaft Devon) die transatlantischen Glasfaserkabel anzapfen. Von Bedeutung ist daneben die US-Spionageeinrichtung von Menwith Hill in der nordenglischen Grafschaft Yorkshire. Auf dem dortigen Stützpunkt der Royal Air Force arbeiten 1200 NSA-Leute eng mit rund 400 britischen Kollegen zusammen. Die grösste Abhöreinrichtung weltweit ist in den vergangenen zehn Jahren noch erheblich aufgerüstet worden. Soweit britische Dienste sich die Informationen zunutze machten, hat Premierminister David Cameron beteuert, handelten sie «stets im Rahmen der Gesetze». Ohnehin hätten gesetzestreue Bürger von der staatlichen Überwachung nichts zu befürchten.

### Brisanz durch Terrormord

In der konservativ-liberalen Londoner Koalition wird schon seit einiger Zeit darüber diskutiert, ob Polizei und Geheimdienste zur Bekämpfung von Schwerkriminalität und Terrorismus besseren Zugriff auf Telefon- und Internetdaten brauchen. Dabei soll es, wie beim US-System Prism, zunächst nicht um den Inhalt der Kommunikation gehen, sondern darum, wer mit wem via E-Mail, Telefon und sozialen Netzwerken in Kontakt steht. Einen Gesetzentwurf der konservativen Innenministerin Theresa May hat der liberale Vizepremier Nick Clegg unter Hinweis auf Datenschutz und Bürgerrechte blockiert, wogegen frühere Innenminister, darunter auch Labour-Politiker, protestieren.

Brisanz erhielt die Debatte jüngst durch den Terrormord eines Soldaten auf offener Strasse im Londoner Stadtteil Woolwich. Einer der beiden mutmasslichen Täter stand eine Zeit lang als muslimischer Extremist unter Beobachtung des Inlandgeheimdienstes MI5.

## Ein Fall für Spezialisten

Ein Experte erklärt, wie man gigantische Datenmengen anlegt, durchforstet und analysiert.

**René Staubli**

Die amerikanische National Security Agency (NSA) soll bei chinesischen Mobilfunkanbietern bis zu 900 Millionen SMS abgesogen haben. Der britische Geheimdienst GCHQ habe transatlantische Datenleitungen angezapft und in einem einzigen Jahr 600 Millionen «Telefonereignisse» gespeichert, heisst es. Die US-Library of Congress sammelt nach eigenen Angaben alle jemals öffentlich verbreiteten Twitter-Nachrichten. Bis heute sollen es 170 Milliarden Tweets sein, und jeden Tag kämen 350 Millionen dazu.

Wie aber speichert und wertet man solch gigantische Datenmengen grundsätzlich aus? Antworten hat Abraham Bernstein, Informatikprofessor an der Zürcher Universität (UZH).

**Abraham Bernstein**
Professor für Informatik an der Universität Zürich

● **Infrastruktur:** Vor einigen Jahren fassten die Harddisks von PC lediglich ein paar wenige Megabyte. Heute haben Smartphones 64 Gigabyte Speicherkapazität. Firmen wie Google oder Facebook unterhalten riesige Serverfarmen, bestehend aus Gebäuden, die unzählige mit Harddisks bestückte Computer enthalten. Ganze Datenberge zu speichern, ist also kein Problem. Aber auch die Kosten sind massiv gesunken: Eine Harddisk, auf der alle Musikstücke dieser Welt Platz finden, kostet noch 600 Dollar.

● **Methodik:** Es gibt zwei Hauptverfahren, um in Datenbergen fündig zu werden – die Suche nach konkreten Begriffen und die Suche nach Wahrscheinlichkeiten. Bei Ersterer filtert man Dokumente heraus, in denen diese Begriffe vorkommen. Bei der zweiten Methode sucht man nach Begriffen, die inhaltlich miteinander zu tun haben, beispielsweise «Neat» und «Lastwagen». Die Wahrscheinlichkeit ist dann gross, auf diesem Umweg auf Dokumente zu stossen, die Informationen über den alpenquerenden Güterverkehr enthalten.

● **Komplexität:** Datenberge enthalten in der Regel Dokumente in verschiedenen Sprachen und Formen: Texte, Tondokumente, Bilder, Videos. Was die Suche in Texten und Tondokumenten angeht, kann man die Suchbegriffe einfach in die jeweiligen Sprachen übersetzen. Spezial-Software ist überdies in der Lage, Zusammenhänge zwischen einzelnen Textelementen herzustellen. Für die Analyse von Bildern gibt es spezielle Software, die bestimmte Muster erkennt. Pornografische Darstellungen beispielsweise produzieren das Bildmuster «dominante nackte Haut». Software für Jugendschutz reagiert darauf. Man kann nach beliebigen Bildmustern suchen.

● **Analyse:** Um riesige Datenmengen auswerten zu können, benötigt man Spezialisten, die sich in der statistischen Analyse auskennen. Solche Leute sind sehr begehrt. Laut einer Studie von McKinsey brauchte es allein in den USA 1,5 Millionen zusätzliche Datenmanager, damit die Wirtschaft das vorliegende Datenmaterial voll ausschöpfen und von den Erkenntnissen profitieren könnte, beispielsweise im Bereich der Kundenbewirtschaftung.

Abraham Bernstein erinnert daran, wie wertvoll historische Dokumente für heutige Forscher seien. Die US-Library of Congress speichere die Milliarden von Tweets als Rohmaterial für künftige Studien über die Entwicklung des Sozialverhaltens. Generell gelte: «Grosse Datenmengen werden entweder mit einem spezifischen Ziel gesammelt, wie zum Beispiel im Marketing, oder in der Hoffnung, morgen oder zumindest eines Tages davon profitieren zu können.»

# Die Geister des Kalten Krieges

Die USA sind empört über das Verhalten von Russland und China im Fall von Datenspion Snowden.

**David Hesse, Washington**

Eben erst hat US-Präsident Barack Obama die Welt daran erinnert, dass der Kalte Krieg vorbei sei und die Werte Amerikas «gewonnen» hätten. In seiner Rede in Berlin sagte er hinter Panzerglas, Moskau müsse dies einsehen, seine «nuklearen Posen» aufgeben und gemeinsam mit den USA einen neuen Abrüstungseffort starten.

Nur Tage später scheinen sich die Geister des Kalten Krieges zu erheben. Der von der US-Regierung wegen Spionage angeklagte und gesuchte Edward Snowden konnte sich am Sonntag aus Hongkong nach Moskau absetzen, ohne dass die chinesischen oder die russischen Behörden tätig geworden wären. Die chinesische Sonderverwaltungszone Hongkong liess Washington ausrichten, man habe den Mann nicht festnehmen können, weil das Auslieferungsgesuch der USA unvollständig gewesen sei. Und Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, sagte brüsk, Herr Snowden oder seine Ankunft in Russland sei für den Kreml «kein Thema».

Für Obama ist diese Geringschätzung amerikanischer Interessen demütigend – umso mehr, als er die Führer Russlands wie Chinas eben erst persönlich getroffen und sich um sie bemüht hat. Kritiker werfen Obama vor, er habe sich nicht durchsetzen können. «Es liegt jetzt wirklich am Präsidenten, aggressiver zu werden und sein Blatt besser als bisher zu spielen», sagt der republikanische Abgeordnete Peter King. Weil US-Politiker wie Presseleute seit Tagen Stimmung gegen den angeblichen «Landesverräter» Snowden machen, wiegt dessen Entwischen besonders schwer.

### Betontes Desinteresse

Entsprechend war die US-Regierung um eine scharfe Reaktion bemüht. Sollte sich herausstellen, dass Russland und Hongkong von Snowdens Fluchtplänen gewusst und diese durch Nichtstun befördert hätten, so wäre dies «zutiefst beunruhigend» und «enttäuschend», sagte US-Aussenminister John Kerry an einer Pressekonferenz in Delhi. So etwas hätte «zweifellos Auswirkungen auf unsere Beziehungen und weitere Konsequenzen». Kerry rief Moskau auf, die geltenden Gesetze durchzusetzen und Snowden an die USA zu überstellen.

Dazu aber fühlt sich die russische Regierung nicht verpflichtet. Formell existiere kein Auslieferungsabkommen, weshalb die USA auch keine Forderungen stellen können, sagte Wladimir Lukin, der Menschenrechtsbeauftragte der russischen Regierung und einst russischer Botschafter in Washington, der Agentur Interfax: «Wir können den Mann herausgeben, wir können ihn aber auch nicht herausgeben.» Dieses betonte Desinteresse wird in den USA als neuerlicher Beweis für die sich verschlechternden Beziehungen zu Russland gedeutet. «Putin lässt keine Gelegenheit aus, seinen ‹Partner› Obama zu zwicken», sagt Strobe Talbott, Präsident der Denkfabrik Brooking in Washington.

Bereits am G-8-Gipfel hat Putin Obama in einer Diskussion um den syrischen Bürgerkrieg ziemlich ins Leere laufen lassen. Aus dem einstigen Verbündeten im Krieg gegen den Terror ist ein «frenemy» geworden, ein feindlicher Freund. Obama trägt Mitschuld daran: Er hat in seiner ersten Amtszeit viel Kraft in die Beziehungspflege mit Dmitri Medwedew gesetzt und dabei unterschätzt, was eine Rückkehr Wladimir Putins als Präsident bedeuten könnte. Der von Obama angekündigte «Reset» der amerikanisch-russischen Beziehungen ist ausgeblieben.

Noch schwerer als die russische Missgunst aber wiegt, dass auch China keinen Drang verspürte, den USA im Fall Snowden zu helfen. Obamas Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping auf einer kalifornischen Ranch vor wenigen Wochen hätte zwischen den beiden weltgrössten Wirtschaftsmächten das Klima für derlei Nettigkeiten schaffen sollen. Doch Obamas Mahnungen zur Reduktion der chinesischen Cyberspionage scheinen in Peking schlecht angekommen zu sein. Die staatliche Presseagentur Xinhua schreibt, die Affäre Snowden zeige, dass die USA, die sich als «unschuldiges Opfer von Cyberattacken» darstellen, doch selbst «der grösste Schurke unserer Zeit» seien.